

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

33. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 9. Juni 1980	Nummer 53
--------------	--	-----------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
102	25. 4. 1980	RdErl. d. Innenministers Ausführungsanweisung zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG)	1030
2129 2170	29. 4. 1980	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Grundsätze für Sekundärtransporte von Patienten mit Rettungshubschraubern	1031
230	30. 4. 1980	Bek. d. Ministerpräsidenten Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Mär- kischer Kreis	1032
71111	28. 3. 1980	RdErl. d. Innenministers Staatlicher Kampfmittelräumdienst; Zusätzliche Unfallversicherung	1032
7816	23. 4. 1980	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung des gemeinschaftlichen Wirtschaftswe- gebaues (Richtlinien für den Wirtschaftswegebau)	1032
8300	18. 4. 1980	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Bundesversorgungsgesetz (BVG); Berufsschadensausgleich bei schädigungsbedingt gemindertem Ren- teneinkommen	1033
8301	29. 4. 1980	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Durchführung der Kriegsofferfürsorge; Erholungshilfe nach § 27 b des Bundesversorgungsgesetzes (BVG)	1033
9220	24. 4. 1980	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Parkerleichterungen für Schwerbehinderte mit außergewöhnlicher Gehbehinderung sowie für Blinde . .	1034

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Innenminister	
29. 4. 1980	Bek. - Ungültigkeit eines Dienstausweises	1034
	Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
25. 4. 1980	Bek. - Liste der nach der Strahlenschutzverordnung und der Röntgenverordnung ermächtigten Ärzte . .	1035
	Personalveränderungen	
	Innenminister	1046
	Finanzminister	1046
	Justizminister	1047

I.

102

Ausführungsanweisung zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG)

RdErl. d. Innenministers v. 25. 4. 1980 -
I B 3/13 - 12.10

Der RdErl. v. 1. 8. 1959 (SMBl. NW. 102) wird wie folgt geändert:

Zu §§ 8 und 9

Nr. 2.31 erhält folgende Fassung:

2.31 Hierzu sind regelmäßig zu hören:

2.311 die in Frage kommenden Hochschulen und andere Ausbildungsstätten,

2.312 Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)
Kennedyallee 50
5300 Bonn-Bad Godesberg,

2.313 Carl-Duisberg-Gesellschaft (CDG)
Hohenstaufenring 30-32
5000 Köln 1,

2.314 Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV)
Feuerbachstr. 42
6000 Frankfurt/Main.

Zu § 10

Nr. 1 erhält folgende Fassung:

1.1 Der Einbürgerungsanspruch des nichtehelichen Kindes eines deutschen Vaters und einer ausländischen Mutter hängt davon ab, daß

- die Eltern des Kindes bei dessen Geburt nach deutschem Recht nicht miteinander verheiratet waren und auch später nicht die Ehe geschlossen haben oder die Nichtehelichkeit des Kindes rechtskräftig festgestellt ist,
- die Mutter des Kindes im Zeitpunkt der Geburt des Kindes nicht Deutsche war,
- der Vater des Kindes bei der Geltendmachung des Einbürgerungsanspruchs (Zeit zwischen Antragstellung und Vollzug der Einbürgerung) deutscher Staatsangehöriger ist,
- die Anforderungen des deutschen Rechts für die Feststellung der Vaterschaft erfüllt sind,
- das Kind bei der Antragstellung sich seit mindestens 3 Jahren rechtmäßig im Inland dauernd aufgehalten hat, das 23. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und, wenn es minderjährig oder aus anderen Gründen in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, vom Inhaber der Sorge für die Person des Kindes vertreten worden ist oder dieser dem Antrag des Kindes zugestimmt hat.

1.2 Für einen Anspruchsberechtigten, der das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, wird der Einbürgerungsantrag vom Inhaber der Sorge für die Person des Kindes gestellt. Ein Anspruchsberechtigter, der das 16. Lebensjahr vollendet hat, stellt einen eigenen Einbürgerungsantrag.

Zu § 25 Abs. 2

Nr. 1 erhält folgende Fassung:

Der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit ist ein nicht nur im nationalen Recht, sondern auch ein international anerkanntes Prinzip des Staatsangehörigkeitsrechts. Mehrstaatigkeit schafft die Gefahr der Rechtsunsicherheit und führt zum Widerstreit von Pflichten gegenüber verschiedenen Rechtsordnungen. Sie ist daher unerwünscht und grundsätzlich zu vermeiden.

Das rechtspolitische Ordnungsprinzip der Vermeidung von Mehrstaatigkeit kann - nicht zuletzt auch im Interesse des Betroffenen - nur ausnahmsweise zurücktreten, wenn besondere Gründe es rechtfertigen.

Dieses Regel-Ausnahme-Verhältnis hat auch in § 25 RuStAG Ausdruck gefunden, indem gemäß Absatz 2 die deutsche Staatsangehörigkeit beim Antragserwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit nach Absatz 1 ausnahmsweise dann nicht verloren geht, wenn ihre Beibehaltung genehmigt worden ist. Nach der ratio legis wird die Erteilung einer Beibehaltungsgenehmigung nur dann in Betracht kommen können, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- Vereinbarkeit der Genehmigung mit deutschen staatlichen Belangen (öffentliches Interesse) und schwerwiegende Gründe in der Person des Antragstellers oder
- besonderes staatliches Interesse.

1.1 Vereinbarkeit der Beibehaltungsgenehmigung mit deutschen staatlichen Belangen (öffentliches Interesse)

Die Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit muß - wie die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit nach den Grundsätzen des Einbürgerungsrechts - mit den deutschen staatlichen Belangen vereinbar sein. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Beibehaltung vor allem in folgenden Fällen grundsätzlich nicht in Betracht kommen:

- Wenn der Staat, dessen Staatsangehörigkeit erworben werden soll, bei der Verleihung der Staatsangehörigkeit die Leistung eines Eides fordert, mit dem jede Loyalität zu einem anderen Staat abgeschworen wird. Ein solches Versprechen ist mit der Bedeutung der deutschen Staatsangehörigkeit unvereinbar und schließt es aus, durch staatliches Handeln die deutsche Staatsangehörigkeit fortbestehen zu lassen. Auch die Bereitschaft des Einbürgerungsstaates, den Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit im Einzelfall hinzunehmen, kann die Erteilung einer Beibehaltungsgenehmigung nicht rechtfertigen.

- Wenn besondere außenpolitische Rücksichten der Bundesrepublik Deutschland die Erteilung einer Beibehaltungsgenehmigung bei Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit unerwünscht erscheinen lassen. Das kann der Fall sein, wenn der Staat, dessen Staatsangehörigkeit erworben werden soll, den Fortbestand der bisherigen Staatsangehörigkeit nicht gestattet.

1.2 Schwerwiegende Gründe in der Person des Antragstellers

Schwerwiegende Gründe in der Person des Antragstellers für die Beibehaltung der deutschen und für den Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit liegen im allgemeinen vor, wenn der Antragsteller sich in einer äußeren Zwangslage befindet, durch die die Freiheit der Willensentschließung beim Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit nicht ausgeschlossen oder beeinträchtigt ist. Das ist dann der Fall, wenn der Betroffene vor die Entscheidung gestellt ist, eine ausländische Staatsangehörigkeit annehmen zu müssen, um seine berufliche Position nicht zu verlieren oder sonstige schwere berufliche oder sonstige Nachteile nicht in Kauf nehmen zu müssen.

Die Zwangslage ist vom Antragsteller darzulegen und nachzuweisen und bedarf einer Bestätigung durch die zuständige Auslandsvertretung. Voraussetzung für die Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit in diesen Fällen ist in der Regel, daß folgende Kriterien erfüllt sind:

- Der Antragsteller darf sich nicht endgültig im Ausland niedergelassen haben. Das entsprechende Wirtschaftsunternehmen oder die sonstige anstellende Institution hat dieses (z. B. durch die Vorlage befristeter Verträge) zu bestätigen. Eine Beibehaltungsgenehmigung wird nicht erteilt werden können, wenn der Antragsteller ausgewandert ist. In diesem Fall bedeutet der Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit den Abschluß einer endgültigen Integration in eine neue Heimat, so daß kein staatliches Interesse besteht, dem Betroffenen die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten.
- Der Antragsteller muß noch Bindungen an Deutschland haben. Er hat dies glaubhaft zu machen. Hierzu

zählen z. B.: Fortlaufende Versicherungen in der Bundesrepublik Deutschland, Eigentum, laufende Bausparverträge, Ausbildung der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland, Unterhaltung einer Wohnung, Berichtspflicht gegenüber den im Bundesgebiet befindlichen Unternehmungen u. dgl. Meist wird erst die Verknüpfung mehrerer dieser Beziehungen eine solche Feststellung zulassen.

1.3 Besonderes staatliches Interesse an der Erteilung einer Beibehaltungsgenehmigung

Liegen keine schwerwiegenden persönlichen Gründe des Antragstellers vor, kann die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit nur genehmigt werden, wenn ein besonderes staatliches Interesse daran gegeben ist. Das ist nur der Fall, wenn übergeordnete gesamtstaatliche Belange ein Zurücktreten des Grundsatzes der Vermeidung von Mehrstaatigkeit erfordern. Dieses Kriterium ist z. B. dann erfüllt, wenn die deutsche Wirtschafts-, Entwicklungshilfe-, Kultur- oder Wissenschaftspolitik durch den Verlust bestimmter Positionen oder Beteiligungen im Ausland einen Schaden erleiden würde, der bei Wahrnehmung entsprechender Funktionen durch deutsche Staatsangehörige verhindert werden könnte. Ein besonderes staatliches Interesse an der Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit kann auch gegeben sein bei Angehörigen qualifizierter Berufe, z. B. bei Hochschullehrern, bedeutenden Wissenschaftlern oder Künstlern, deren Verbindung zu Deutschland im Interesse der Bundesrepublik Deutschland gewahrt bleiben soll.

Die zuständige deutsche Auslandsvertretung sowie eine zuständige oberste Bundes- oder Landesbehörde haben in einer individuellen Stellungnahme das besondere staatliche Interesse darzulegen und zu begründen.

Nr. 5 erhält folgende Fassung:

- 5 Sofern einem Antragsteller die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit nicht genehmigt wird, erscheint es zweckmäßig, daß sowohl die Einbürgerungsbehörde als auch die zuständige Auslandsvertretung die Gründe, die den Antragsteller zum Erwerb der fremden Staatsangehörigkeit veranlaßt haben, aktenkundig machen, um später auch ohne förmliche Zusicherung der Einbürgerung eine beschleunigte und ggf. erleichterte Einbürgerung zu ermöglichen.

Nach Nr. 5 wird folgende Nr. 6 eingefügt:

- 6 Anträge auf Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit nebst Vorgängen sind 50 Jahre aufzubewahren.

- MBl. NW. 1980 S. 1030.

2129
2170

Grundsätze für Sekundärtransporte von Patienten mit Rettungshubschraubern

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 29. 4. 1980 - V A 4 - 0714 - /V B 3 - 050629

Zur Durchführung der nach § 10 des Gesetzes über den Rettungsdienst (RettG) vom 26. November 1974 (GV. NW. S. 1481), geändert durch Gesetz vom 18. September 1979 (GV. NW. S. 552), - SGV. NW. 215 - und nach § 6 des Krankenhausgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (KHG NW) vom 25. Februar 1975 (GV. NW. S. 210/SGV. NW. 2128) vorgesehenen Zusammenarbeit zwischen dem Rettungsdienst und den Krankenhäusern ist aus notfallmedizinischer Sicht bei Sekundärtransporten von Patienten mit Rettungshubschraubern die Beachtung folgender Grundsätze geboten:

1 Allgemeines

Rettungshubschrauber sind für Sekundärtransporte vorzusehen, wenn Patienten aus ärztlicher Indikation von einem erstbehandelnden Krankenhaus in ein an-

deres für die weitere medizinische Versorgung geeignetes Krankenhaus schnellstmöglich verlegt werden müssen.

Dies gilt insbesondere bei Notfallpatienten oder bei Patienten, die besonderer fachärztlicher Behandlung bedürfen. Patienten können mit dem Rettungshubschrauber nur befördert werden, wenn keine Störungen der vitalen Funktionen von Herz, Kreislauf und Atmung bestehen oder die vitalen Funktionen durch apparative und/oder medikamentöse Maßnahmen soweit hergestellt sind, daß sie während der Beförderung durch Fortsetzung der eingeleiteten Maßnahmen aufrechterhalten werden können.

2 Organisatorische Maßnahmen des abgebenden Krankenhauses

Das abgebende Krankenhaus hat

- eine Absprache mit dem übernehmenden Krankenhaus zu treffen,
- die Beförderung bei der für den Einsatz des Rettungshubschraubers zuständigen Leitstelle anzu-melden und
- den den Patienten begleitenden Notarzt über Befund, Verlauf und durchgeführte Maßnahmen zu unterrichten.

3 Medizinische Maßnahmen zur Vorbereitung der Beförderung des Patienten

3.1 Abgeschlossene Primärdiagnostik

3.2 Atmung

- Intubation bei bewußtlosen Patienten
- Intubation bei ateminsuffizienten Patienten
- Intubation bei Aspirationsgefahr.

3.3 Kreislauf

- Sicherung eines venösen Zugangs über ein ausreichend großvolumiges Gefäß
- Volumenssubstitution durch Infusionen in Beuteln
- bei Schädel-Hirn-Traumen sind Gefahren der Überinfundierung zu beachten.

3.4 Schockbehandlung

- abgeschlossene Schockbehandlung durch Maßnahmen zur Sicherstellung der Atem- und Kreislauf-funktion
- bei unklaren Symptomen keine verdeckenden medikamentösen Maßnahmen (Analgetica, Spasmolytica usw.).

3.5 Drainage bei Pneumothorax

- 3.6 Bei Luftkammerschienen ist der Druck so zu dosieren, daß der beim Flug auftretende steigende Druck ausgeglichen und somit ein Überdruck vermieden wird.

- 3.7 Bei Kieferdrahtschienung sind intermaxilläre Verbindungen zu lösen.

- 3.8 Venenkatheter, Infusions-Drainagenschläuche, Magensonden, Elektroden eines EKG usw. sind verschiebefest am Körper des Patienten zu befestigen.

- 3.9 Ggf. Abklärung, ob eine Inkubator-Beförderung von Kindern möglich ist und Einleitung der vorbereiteten Maßnahmen.

- 3.10 Bereithalten einer schriftlichen Dokumentation aller bisher getroffenen diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen. Bereithalten von Röntgenbildern und anderen Befunden zur Mitgabe.

4 Übergabe des Patienten

Die Übergabe des Patienten erfolgt durch den abgebenden Arzt an den den Transport begleitenden Arzt im Bereich des Krankenhauses.

Am Landeplatz soll die Übergabe nur bei hoher zeitlicher Dringlichkeit und abgeschlossenen medizinischen Maßnahmen zur Vorbereitung der Beförderung des Patienten erfolgen. Die unter Nr. 3.10 genannten Unterlagen sind zu übergeben.

- MBl. NW. 1980 S. 1031.

230

**Genehmigung
des Gebietsentwicklungsplanes
für den Regierungsbezirk Arnsberg.
Teilabschnitt Märkischer Kreis**

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 30. 4. 1980 -
II B 2 - 60.171

Der Bezirksplanungsrat beim Regierungspräsidenten Arnsberg hat in seiner Sitzung am 12. Juni 1979 die Aufstellung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Märkischer Kreis beschlossen.

Den Gebietsentwicklungsplan habe ich mit Erlaß vom 22. Januar 1980 und 11. März 1980 gemäß § 16 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes i. d. F. d. Bekanntmachung vom 28. November 1979 (GV. NW. S. 878) im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Landesministern genehmigt.

Gemäß § 16 Abs. 3 des Landesplanungsgesetzes werden die im Gebietsentwicklungsplan enthaltenen Darstellungen mit der Bekanntmachung der Genehmigung Ziele der Raumordnung und Landesplanung.

Der Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Märkischer Kreis wird beim Chef der Staatskanzlei (Landesplanungsbehörde) in Düsseldorf, beim Regierungspräsidenten in Arnsberg (Bezirksplanungsbehörde), beim Oberkreisdirektor des Märkischen Kreises und bei allen Gemeinden, auf deren Bereich sich die Planung erstreckt, zur Einsicht für jedermann niedergelegt.

Gemäß § 17 Landesplanungsgesetz weise ich auf folgendes hin:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landesplanungsgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften bei der Erarbeitung und Aufstellung des Gebietsentwicklungsplanes ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung beim Regierungspräsidenten Arnsberg (Bezirksplanungsbehörde) geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes oder deren Bekanntmachung verletzt worden sind.

- MBl. NW. 1980 S. 1032.

71111

**Staatlicher Kampfmittelräumdienst
Zusätzliche Unfallversicherung**

RdErl. d. Innenministers v. 28. 3. 1980 -
VIII A 3 - 5.2623

Mein RdErl. v. 15. 1. 1975 (SMBI. NW. 71111) wird mit Wirkung vom 1. 10. 1979 wie folgt geändert:

1. Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Nach § 6 Satz 1 u. 2 des Tarifvertrages zur Regelung der Arbeitsbedingungen der mit der Räumung der Kampfmittel beschäftigten Angestellten des Landes Nordrhein-Westfalen vom 11. 9. 1979 - bekanntgegeben mit RdErl. v. 30. 10. 1979 - und nach § 7 Satz 1 u. 2 des Tarifvertrages zur Regelung der Arbeitsbedingungen der mit der Räumung der Kampfmittel beschäftigten Arbeiter im Lande Nordrhein-Westfalen vom 11. 9. 1979 - bekanntgegeben mit RdErl. v. 31. 10. 1979 - (SMBI. NW. 20310) werden die Angestellten und Arbeiter des Staatlichen Kampfmittelräumdienstes zusätzlich gegen Unfall versichert, wobei die Versicherungssummen 40 000,- DM für den Todesfall und 80 000,- DM für den Fall der Invalidität bei Zahlung einer Rente nach der Rententabelle betragen. Von der Gruppenunfallversicherung kann nach Satz 4 der genannten §§ 6 und 7 abgesehen werden, wenn entsprechende Leistungen im Falle eines Unfalles anderweitig gewährleistet sind.

2. Der eingerückte Text des Absatzes 4 erhält folgende Fassung:

Der in der Unfallanzeige genannte Landesbedienstete ist Angehöriger des Staatlichen Kampfmittelräumdienstes. Er hat gegebenenfalls Anspruch auf Leistungen aus einer zusätzlichen Unfallversicherung gemäß den Tarifverträgen zur Regelung der Arbeitsbedingungen der mit der Räumung der Kampfmittel beschäftigten Angestellten bzw. Arbeiter des Landes Nordrhein-Westfalen vom 11. 9. 1979, bekanntgemacht durch RdErl. d. Innenministers v. 30. und 31. 10. 1979 (SMBI. NW. 20310) siehe auch RdErl. d. Innenministers v. 15. 1. 1975 (SMBI. NW. 71111).

Dieser RdErl. ergeht im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

- MBl. NW. 1980 S. 1032.

7816

**Richtlinien
für die Gewährung von Zuschüssen
zur Förderung des gemeinschaftlichen
Wirtschaftswegebau
(Richtlinien für den Wirtschaftswegebau)**

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 23. 4. 1980 - III A 5 - 451 - 2445

Mein RdErl. v. 12. 12. 1974 (SMBI. NW. 7816) wird im Einvernehmen mit dem Finanzminister wie folgt geändert und ergänzt:

1. Die Anlage 1 erhält folgende Fassung:

Anlage 1

(zu Nr. 8.1 der Richtlinien)

**Zuschüsse je Kilometer (km)
für Wirtschaftswege in nachstehend
aufgeführten Bauweisen**

Befestigungsart	Befestigungsbreite (Nr. 4.1 der Richtlinien) einspurig / zweispurig
1. Bituminöse Tragdeckschicht im Heißeinbau in der Stabilität der Standardbauweise gemäß den Richtlinien für den ländlichen Wegebau - RLW 1975 - Nr. 7.10.1.1 Zuschuß/km	46 000 DM / 69 000 DM
2. Bituminöse Tragdeckschicht im Heißeinbau in der Stabilität der Standardbauweise - RLW 1975 - Nr. 7.10.2.1 Zuschuß/km	42 000 DM / 63 000 DM
3. Zementbetondecke in der Stabilität der Standardbauweise - RLW 1975 - Nr. 7.10.1.3 Zuschuß/km	40 000 DM / 60 000 DM
4. Decke ohne Bindemittel in der Stabilität der Standardbauweise - RLW 1975 - Nr. 7.10.3.3 Zuschuß/km	18 000 DM / -

2. Dieser RdErl. ist mit Wirkung vom 1. Januar 1980 anzuwenden.

- MBl. NW. 1980 S. 1032.

8300

Bundesversorgungsgesetz (BVG)
Berufsschadensausgleich bei schädigungsbedingtem
gemindertem Renteneinkommen

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 v. 18. 4. 1980 - II B 2 - 4201.3 (11/80)

In Fällen, in denen Beschädigte Berufsschadensausgleich mit der Begründung beantragen, ihre Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung sei wegen einer in der Vergangenheit liegenden, schädigungsbedingten beruflichen Beeinträchtigung gemindert, ist wie folgt zu verfahren:

Der Beschädigte ist zu veranlassen darzulegen, in welchen Zeiträumen er einen schädigungsbedingten Minderdienst hatte.

- 1 Anhand des Bescheides des Rentenversicherungsträgers ist zunächst zu prüfen, ob sich dieser Minderdienst in der Rentenhöhe auswirken kann. Dies ist nicht der Fall, wenn
 - 1.1 die Zeiten der Beeinträchtigung mit Pflichtbeiträgen in den ersten fünf Kalenderjahren seit Eintritt in die Versicherung zusammenfallen oder
 - 1.2 die fraglichen Zeiten vollständig als Ersatz- oder Ausfallzeiten bewertet sind.
 Hier gleichen rentenversicherungsrechtliche Vorschriften einen Minderdienst aus.
- 2 In den übrigen Fällen ist folgendes pauschaliertes Berechnungsverfahren zur Feststellung des Verlustes an Renteneinkommen durchzuführen:
 Grundlage für das Berechnungsverfahren ist stets der Rentenbescheid des Versicherungsträgers. Wie im Rentenbescheid
 - sind die Zeiten vor dem 1. 1. 1965 und nach dem 31. 12. 1964 getrennt zu berechnen,
 - ist stets der höhere Monatsdurchschnitt (mit oder ohne die Pflichtbeiträge der ersten fünf Kalenderjahre) zu errechnen.
- 2.1 Die Pflichtbeitragszeiten der schädigungsbedingten beruflichen Beeinträchtigung und die dazugehörenden Werteinheiten sind herauszurechnen.
- 2.21 Ergibt die Summe aller verbleibenden Werteinheiten für Beitragszeiten (ohne Ersatz- und Ausfallzeiten) keinen höheren Monatsdurchschnitt als im Rentenbescheid (einschließlich der Pflichtbeitragszeiten der schädigungsbedingten beruflichen Beeinträchtigung) angegeben, besteht kein Einkommensverlust im Sinne des § 30 Abs. 3 BVG.
- 2.22 Ergibt sich demgegenüber ein höherer Monatsdurchschnitt, sind die Zeiten der beruflichen Beeinträchtigung geringer bewertet; anstelle der tatsächlichen Werteinheiten ist für jeden Monat der Beeinträchtigung der Monatsdurchschnitt der übrigen Beitragszeiten einzusetzen.
- 2.221 Ersatz- und Ausfallzeiten sind mit dem für den entsprechenden Zeitabschnitt (vor 1. 1. 1965, nach 31. 12. 1964) neu errechneten Monatsdurchschnitt zu bewerten.
- 2.222 Blieben die Pflichtbeiträge der ersten fünf Kalenderjahre unberücksichtigt, sind die entsprechenden Zeiten ebenfalls mit dem höheren Durchschnitt zu bewerten.
- 2.3 Unter Verwendung der erhöhten Werteinheiten ist entsprechend dem Berechnungsverfahren des Rentenbescheides die Summe aus allen Zeiten zu ermitteln. Diese Summe aller Werteinheiten, geteilt durch die Zahl der Monate, vervielfacht mit 12 ergibt den jährlichen Vomhundertsatz der persönlichen Rentenbemessungsgrundlage, die der Beschädigte ohne die Schädigung erlangt hätte.
- 2.4 Mit dem nach Nummer 2.3 errechneten Vomhundertsatz ist aus der allgemeinen Bemessungsgrundlage (vgl. Rentenbescheid) die Rentenbemessungsgrundlage zu berechnen. Sodann ist durch Ableitung mit dem Vomhundertsatz, der sich aus der

Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre mal Faktor (1,5% bzw. 1%) ergibt, die Rente zu berechnen. Hierbei ist die Zahl der Versicherungsjahre ggf. um die Zeiten zu erhöhen, in denen der Beschädigte aus schädigungsbedingten Gründen nicht in einem versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis gestanden hat, keine Ersatz-, Ausfall- oder Zurechnungszeiten berücksichtigt bekommt und wegen der Schädigung auch nicht anderweitig für seine Alterssicherung vorsorgen konnte. Die Differenz zwischen der sich hiernach ergebenden Rente und der tatsächlich zustehenden Rente ist pauschaliert der Verlust an Renteneinkommen.

- 2.5 Dieser für das Jahr des Eintritts des Versicherungsfalles errechnete Rentenverlust ist mit Hilfe der Anpassungssätze der gesetzlichen Rentenversicherung auf das Jahr, für das Berufsschadensausgleich festzustellen ist, fortzuschreiben.

Der so ermittelte Rentenverlust ist als Einkommensverlust in die Berechnung des Berufsschadensausgleichs einzusetzen.

In Übereinstimmung mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

- MBl. NW. 1980 S. 1033.

8301

Durchführung der Kriegsopferfürsorge
Erholungshilfe nach § 27 b des Bundesversorgungsgesetzes (BVG)

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 v. 29. 4. 1980 - II B 4 - 4401.3 (13/80)

- 1 Die Gewährung von Erholungshilfe setzt nach § 27 b Abs. 1 BVG unbeschadet der übrigen Voraussetzungen nach §§ 25 ff BVG voraus, daß durch ärztliches Zeugnis nachgewiesen wird, daß
 - 1.1 die Erholungsmaßnahme zur Erhaltung der Gesundheit oder Arbeitsfähigkeit **notwendig**
 - 1.2 die beabsichtigte Form der Erholung **zweckmäßig** und
 - 1.3 - soweit es sich um Beschädigte handelt - die Erholungsbedürftigkeit durch die anerkannten Schädigungsfolgen bedingt ist, also ein **medizinischer Ursachenzusammenhang** besteht; er wird bei Schwerbeschädigten stets angenommen.
- 2 Der Träger der Erholungshilfe hat nach pflichtgemäßem Ermessen darüber zu entscheiden, ob er das ärztliche Zeugnis (z. B. des Hausarztes) als maßgebend zugrunde legt oder ob er zusätzlich die Bestätigung der gesetzlichen Voraussetzungen durch das Gesundheitsamt oder das Versorgungsamt fordert (§ 25 Abs. 1 KFÜrsV).
- 3 Weitere Erholungshilfe soll in der Regel nicht vor Ablauf von zwei Jahren gewährt werden.
- 3.1 Die Erholungshilfe kann vorzeitig erneut gewährt werden, wenn sie aus dringenden gesundheitlichen Gründen erforderlich ist. Dies ist der Fall, wenn zur Erhaltung der Gesundheit oder Arbeitsfähigkeit eine gesteigerte Notwendigkeit der Erholungshilfe durch ärztliches Zeugnis, in Zweifelsfällen durch Bestätigung des Versorgungsamtes oder des Gesundheitsamtes nachgewiesen wird.
- 3.11 Für die nachstehend genannten Personengruppen besteht nach den Erfahrungen der Praxis in aller Regel eine gesteigerte Notwendigkeit für eine vorzeitige Erholungshilfe, so daß der Nachweis der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Erholungshilfe durch eine entsprechende hausärztliche Bescheinigung als erbracht gilt, sofern nicht eine Badekur nach § 11 Abs. 2 BVG oder vorbeugende Gesundheitshilfe nach § 27 d BVG in Verbindung mit § 38 BSHG angezeigt ist:
 - Berufstätige Beschädigte mit einer MdE ab 70 vom Hundert, die das 50. Lebensjahr vollendet haben

- Nicht mehr berufstätige Beschädigte mit einer MdE ab 70 vom Hundert, die das 60. Lebensjahr vollendet haben
- Berufstätige Sonderfürsorgeberechtigte mit einer MdE ab 50 vom Hundert, die das 50. Lebensjahr vollendet haben
- Nicht mehr berufstätige Sonderfürsorgeberechtigte mit einer MdE ab 50 vom Hundert, die das 60. Lebensjahr vollendet haben
- Berufstätige Witwen, die das 50. Lebensjahr vollendet und infolge einer Behinderung eine MdE ab 50 vom Hundert haben
- Hinterbliebene, die das 60. Lebensjahr vollendet und infolge einer Behinderung eine MdE ab 70 vom Hundert haben
- Hinterbliebene nach Vollendung des 65. Lebensjahres.

Mein RdErl. v. 14. 1. 1974 (SMBI. NW. 8301) wird aufgehoben.

- MBI. NW. 1980 S. 1033.

9220

Parkerleichterungen für Schwerbehinderte mit außergewöhnlicher Gehbehinderung sowie für Blinde

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und
Verkehr v. 24. 4. 1980 – IV/A 2 – 22-12-22/80

Mein RdErl. v. 27. 5. 1977 (SMBI. NW. 9220) wird wie folgt geändert:

1. Der in Nrn. 2.3, 3.1.3 und 3.1.6 genannte Klammerzusatz „(VkBl. 1976 S. 474)“ wird durch folgenden Klammerzusatz ersetzt:
(VkBl. 1980 S. 72)
2. Nr. 3.1.5 erhält folgende Fassung:
Die Parkschilder nach Anlage 1, 2 und 3 des RdErl. v. 3. 7. 1975 a. a. O. sind einzuziehen und zu entstempeln.
3. In Nr. 3.1.6 wird der Satz nach dem Doppelpunkt durch folgende Fassung ersetzt:
Im Bereich des Landes Nordrhein-Westfalen.
4. Nr. 4.1 erhält folgende Fassung:
Es sind nur noch die vom Bundesminister für Verkehr mit Verlautbarung vom 22. 1. 1980 (VkBl. 1980 S. 72) bekanntgegebenen Ausweise auszugeben. Die bisher ausgegebenen Ausweise gelten bis zum Ablauf ihrer Gültigkeit weiter, sie können jedoch auf Antrag in neue Ausweise umgetauscht werden.

- MBI. NW. 1980 S. 1034.

II.

Innenminister

Ungültigkeit eines Dienstausweises

Bek. d. Innenministers v. 29. 4. 1980 –
II C – BD – 011 – 1.4

Der Dienstausweis Nr. 1204 des Regierungsangestellten Otto Sosinski, wohnhaft in Düsseldorf, Derendorfer Str. 54, ausgestellt am 6. 7. 1971 vom Innenminister des Landes NW, ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt. Sollte der Dienstausweis gefunden werden, wird gebeten, ihn dem Innenminister des Landes NW in Düsseldorf zuzuleiten.

- MBI. NW. 1980 S. 1034.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales**Liste der nach der Strahlenschutzverordnung
und der Röntgenverordnung ermächtigten Ärzte**

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 25. 4. 1980 – III C 5 – 8950.6

Gemäß § 71 Abs. 1 der Strahlenschutzverordnung – StrlSchV – vom 13. Oktober 1976 (BGBl. I S. 2905), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. August 1979 (BGBl. I S. 1509), und § 42 der Röntgenverordnung – RöV – vom 1. März 1973 (BGBl. I S. 173), geändert durch Verordnung vom 13. Oktober 1976 (BGBl. I S. 2905), sind durch die Staatlichen Gewerbeärzte im Lande Nordrhein-Westfalen folgende Ärzte zur Durchführung der ärztlichen Untersuchungen nach §§ 67 bis 71 StrlSchV und nach §§ 42 bis 36 RöV ermächtigt.

Stand: 20. 4. 1980

Ermächtigung nach

StrlSchV RöV

Regierungsbezirk Arnsberg

+	+	Dr. med. Heinz Martin Bartholomae Werksdirektion Hansa Wengeplatz 1 4600 Dortmund 18
+	+	Dr. med. Hans Conrad Bayer Marienhospital Herne Hölkeskampring 40 4690 Herne
+	+	Dr. med. Karl Bisa Weststr. 11 5948 Schmallenberg
+	+	Dr. med. Rudolf Blechschmidt Werksärztliche Dienststelle der Hoesch-Hüttenwerke AG – Werk Westfalenhütte – Kirchderner Str. 47–49 4600 Dortmund
+	+	Dr. med. Hans-Christoph Crosta Münsterstr. 75 4600 Dortmund 1
+	+	Dr. med. Jürgen Daugaard Voßstr. 32 5870 Hemer
+	+	Dr. med. Anton Feldmann Auf der Insel 11 4690 Herne
+	+	Dr. med. Fiedler Bahnhofsplatz 11/12 (Ärztehaus) 4630 Bochum
+	+	Prof. Dr. med. O. Fishedick Chefarzt d. Abt. Röntgenologie u. Nuklearmedizin d. Knappschaftskrankenhauses Wieckesweg 27 4600 Dortmund 12
+	+	Dr. med. Hans Joachim Fischer Märkische Str. 127 4600 Dortmund 1
+	+	Dr. med. Karl August Gebauer St. Marien-Hospital Altstadtstr. 23 4628 Lünen
+	+	Dr. med. Carl Große-Holz St. Josefs-Hospital Wilhelm-Schmitt-Straße 4600 Dortmund 30
+	+	Dr. med. K.-E. Guttman Allgem. Krankenhaus Stadt Hagen Buscheystr. 15 5800 Hagen

+	+	Dr. med. Hoffmann Röntgeninstitut u. Strahlenklinik der Städt. Krankenanstalten Dortmund Beurhausstr. 40 4600 Dortmund
+	+	Dr. med. Gisela Hoffmann Voerder Straße 65 5828 Ennepetal-Milspe
+	+	Dr. med. Gabriele Hölting Berufsgenossenschaftlicher Arbeitsmedizinischer Dienst e. V. Saarlandstr. – Ecke Saarbrücker Straße 4630 Bochum
+	+	Dr. med. Norbert Janssen Am Marienhain 18 5901 Wilmsdorf-Obersdorf
+	+	Dr. med. Ernst Kammler Biermannsweg 24 b 4630 Bochum
+	+	Dr. med. Ingrid Karwath Beek 48 5810 Witten-Ruhr
+	+	Dr. med. Herbert Knieb Werksarzt d. Stahlwerke Bochum AG Gastroper Str. 228 4630 Bochum
+	+	Dr. med. D. Krusemeyer Werksarzt der Fa. Gebr. Eickhoff In der Uhlenflucht 9 4630 Bochum
+	+	Dr. med. Wolfgang Kuhlo Chefarzt Bundesknappschaftskrankenhaus In der Schornau 23/25 4630 Bochum 7
+	+	Dr. med. Heide Linnepe Brucktererweg 12 5880 Lüdenscheid
+	+	Dr. med. Wolf Peter Müller Chefarzt ev. Jung-Stilling-Krankenhaus Wichernstraße 40 5900 Siegen
+	+	Dr. med. Hans Niedling Werksarzt d. Fa. Du Pont de Nemours (Deutschland) GmbH Werk Uentrop Postfach 85 4700 Hamm
+	+	Dr. med. Franz Porwik Tulpenweg 4 5882 Meinerzhagen 2
+	+	Dr. med. Gerhard Prange Schützenstr. 71 4700 Hamm 1
+	+	GMD Dr. med. H. Rein Staatlicher Gewerbearzt für Westfalen Marienplatz 2-6 4630 Bochum
+	+	Dr. med. Günter Schäper Zeche Minister Stein – Gesundheitsdienst – Deutsche Str. 18 4600 Dortmund 18
+	+	Dr. med. Otto Spanke St. Josefs-Hospital Gudrunstr. 56 4630 Bochum

- | | | |
|--------------------------------------|---|---|
| + | + | Dr. med. K. Stümpel
Harkortstr. 66
4600 Dortmund 50 |
| + | + | Dr. med. August Verhagen
Goethestr. 25
5970 Plettenberg |
| + | + | Dr. med. Heinrich Vielberg
Knappschaftskrankenhaus
Knappenstr. 19
4700 Hamm |
| + | + | Dr. med. Heidi Voges-Vennekohl
Berufsgenossenschaftlicher Arbeitsmedizinischer Dienst e. V.
Märkische Str. 212-218
4600 Dortmund 1 |
| + | + | Dr. med. Voltz
Werksarzt d. Edelstahlwerke Witten AG
Auestr. 4
5810 Witten |
| + | + | Dr. med. N. Walter
Walburgerstr. 2
4770 Soest |
| + | + | Dr. med. Helga von der Weiden
Ltd. Werksärztin der Adam Opel AG
Werk Bochum
4630 Bochum |
| + | + | Dr. med. Gerhard Wieners
Werksarzt der Siepmann-Werke AG
4788 Warstein 2-Belecke |
|
Regierungsbezirk Detmold: | | |
| + | + | Dr. med. Erika Camilla Albertus - Arbeitsmedizin -
Ltd. Ärztin des Betriebsarztzentrums
der von Bodelschwingh'schen Anstalten
Maraweg 9
4800 Bielefeld 13 |
| + | + | Dr. Dr. med. habil. Hermann Brandt
Krankenhaus Detmold
Röntgenstr. 18
4930 Detmold |
| + | + | Dr. med. Ursula Broll von Horn
Ev. Johannes-Krankenhaus
4800 Bielefeld 1 |
| + | + | Dr. med. Albert Cramer
Werksarztzentrum Minden e. V.
Memeistr. 1 a
4950 Minden |
| + | + | Dr. med. Marlies Gillmann-Busse
Zentrum für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit Bielefeld e. V.
Gütersloher Str. 255
4800 Bielefeld 14 |
| + | + | Dr. med. Horst Henning
Hahler Str. 24
4950 Minden |
| + | + | Dr. med. Wilhelm Jacob
Chefarzt d. Inneren Abt. und Ltd. Arzt des St. Johannesstiftes
Reumontstr. 28
4790 Paderborn |
| + | + | Dr. med. Heinrich Junkermann
Zentrum für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit Bielefeld e. V.
Gütersloher Str. 255
4800 Bielefeld 14 |
| + | + | Dr. med. Herrmann Keller
St. Josefs-Krankenhaus
Husener Straße
4790 Paderborn |

+	+	Prof. Dr. med. Erich Klein Leitender Chefarzt der Städt. Krankenanstalten Ölmühlenstraße 26 4800 Bielefeld
+	+	Dr. med. Ludwig König Weserbergland-Klinik 3470 Höxter
+	+	Priv.-Doz. Dr. med. Peter Mariß Klasingerstr. 17 4800 Bielefeld 1
+	+	Prof. Dr. D. P. Mertz Ärztlicher Direktor der Kurklinik am Park Wällenweg 2 4934 Horn-Bad Meinberg
+	+	Dr. med. Metta Luise Schmidt St. Elisabeth-Hospital 4830 Gütersloh 1
+	+	Dr. med. Peter Schwarz Wilhelm-Kern-Platz 4 4992 Espelkamp
+	+	Dr. med. Carl-August Stuckenholtz Narzissenweg 8 4901 Hiddenhausen 5 (Oetinghausen)
+	+	Dr. med. Harry Tetzlaff Klocken Busch 11 4970 Bad Oeynhausen 11
+	+	Dr. med. Gotthard Titze Dessauerstr. 12 4790 Paderborn
Regierungsbezirk Düsseldorf		
+	+	Dr. med. Wolfgang Altvater Cochemer Straße 26 b 4100 Duisburg-Huckingen
+	+	Dr. med. Karl Balzer Graf-Bernadotte-Str. 7 4300 Essen 1
+	+	Dr. med. Herbert Bartels Tannenweg 25 4010 Hilden
+	+	Dr. med. Hans Joachim Bielecke Ankerstraße 37 4100 Duisburg 14
+	+	Dr. med. Anneliese Bünte Fa. Friedr. Krupp GmbH Helenenstraße 73 4300 Essen 1
+	+	Prof. Dr. med. Hans Günther Claus Krankenanstalten der Stadt Remscheid - Röntgenabteilung - Burgerstraße 211 5630 Burscheid
+	+	Dr. med. Martin Corsten Fa. DEMAG AG Wolfgang-Reuter-Platz 4100 Duisburg
+	+	Dr. med. Heidemarie Cüppers TÜV Düsseldorf Am Hagelkreuz 9 4044 Kaarst
+	+	Dr. med. Medizinaldirektor Paul Emschermann Städt. Gesundheitsamt Essen Bernestraße 7 4300 Essen

- | | | |
|---|---|---|
| + | + | Dr. med Otto Endres
Ratsallee 5
4060 Viersen 12 |
| + | + | Dr. med. Josef Fervers
Waisenhausstraße 34
4050 Mönchengladbach 2 |
| + | + | Dr. med. Eberhard Fischer
Fa. Thyssen Edelstahlwerke AG
Oberschlesienstraße 18
4150 Krefeld |
| + | + | Dr. med. Gunther Franke
Rheinisch-Westfälischer TÜV e. V.
Steubenstraße 53
4300 Essen 1 |
| + | + | Prof. Dr. med. Theodor Göbbeler
Graf-Luckner-Höhe 38
4300 Essen |
| + | + | Dr. med Ursula Gollasch
TÜV Rheinland e. V.
Vogelsanger Weg 6
4000 Düsseldorf 30 |
| + | + | Dr. Wilhelm Goy
Fa. Rhein- Westf. Elektrizitätswerk AG
Postfach 100420
4048 Grevenbroich 1 |
| + | + | Dr. Rudolf Grabiger
Städt. Krankenhaus
5620 Velbert |
| + | + | Prof. Dr. med. Hans Greuel
Universität Düsseldorf
– Frauenklinik –
Moorenstraße 5
4000 Düsseldorf |
| + | + | Prof. Dr. Dietrich Günther
Med. Strahlenklinik der Universität Düsseldorf
Moorenstraße 5
4000 Düsseldorf |
| + | + | Dr. med. Hans-Dieter Haeuber
Fa. Friedr. Krupp Hüttenwerke AG
Werk Rheinhausen – Gesundheitswesen –
4100 Duisburg 14 |
| + | + | Dr. med. Eberhard Heissen
Ev. Krankenhaus
Teinerstraße 62
4330 Mülheim a. d. Ruhr 1 |
| + | + | Prof. Dr. med. Jörg Herrmann
Universität Düsseldorf – 2. Med. Klinik –
Moorenstraße 5
4000 Düsseldorf |
| + | + | Dr. med. Medizinaldirektor Alfons von Hoegen
Gesundheitsamt
Am Steinberg 55
4050 Mönchengladbach 1 |
| + | + | Dr. med. Johannes Hofer
Bahnhofstraße 46
4150 Krefeld 11 |
| + | + | Dr. med. Werner Horn
37, Rue Père Conrad
Luxemburg in Luxemburg |
| + | + | Prof. Dr. med. Franz-Adolf Horster
Universität Düsseldorf – 2. Med. Klinik –
Moorenstraße 5
4000 Düsseldorf |

+	+	Dr. med. Attarin Huppertz Bethesda-Krankenhaus Bocholter Straße 11-13 4300 Essen 11
+	+	Dr. med. Milivoje Ilić St. Elisabeth-Hospital Von-der-Mark-Straße 70 4100 Duisburg 12
+	+	Dr. med. Ruth Jaroschka Medizinische Einrichtungen der Universität Düsseldorf Moorenstraße 5 4000 Düsseldorf
+	+	Dr. med. Gerd Jünger Kreisgesundheitsamt Wesel Nebenstelle Dinslaken Bismarckstraße 32 4220 Dinslaken
+	+	Dr. med. Werner Jung Gesundheitsamt der Stadt Solingen Merscheider Straße 1 5650 Solingen 1
+	+	Dr. med. Wolfgang Jung Bertha-Krankenhaus Maiblumenstraße 5 4100 Duisburg 14
+	+	Dr. med. Horst Kellner Fa. Friedrich Krupp GmbH Helenenstraße 73-77 4300 Essen
+	+	Dr. med. Kurt Kepka Arbeitsmedizinisches Zentrum TÜV Rheinland Bundesallee 243 5600 Wuppertal 2
+	+	Dr. med. Kurt Kirsch Fa. Thyssen Aktiengesellschaft vorm. August Thyssen-Hütte Postfach 11 00 87 4100 Duisburg 11
+	+	Dr. med. Wolfgang Kollert Ärztl. Abteilung der Farbenfabrik Bayer AG, Werk Elberfeld 5600 Wuppertal 1
+	+	Dr. med. Annemarie Krings Ruhrkohle AG Schönheidtschhof 5 4300 Essen 1
+	+	Dr. Rolf Langmann Wichernstraße 8 4330 Mülheim
+	+	Dr. med. Anita Lorenz Weidengrund 9 4220 Dinslaken
+	+	Obermedizinaldirektor Dr. med. Karl Lorenz Gesundheitsamt Oberhausen Tannenberger Straße 11/13 4200 Oberhausen
+	+	Dr. med. Volker Mathies Ltd. Werksarzt Fa. Henkel KG a. A. Hermann-Löns-Weg 8 5657 Haan
+	+	Dr. med. Ivo Marcic Berufsgenossenschaftlicher Arbeitsmedizinischer Dienst e. V. Zentrum Essen Franziskanerstr. 47 4300 Essen

- | | | |
|---|---|--|
| + | + | Dr. med. Detlef May
Friedrichstraße 2
4000 Düsseldorf |
| + | + | Dr. med. Josef Müller
RWE-Betriebsverwaltung Weisweiler
Werksärztlicher Dienst
Postfach 7249
5180 Eschweiler |
| + | + | Dr. med. Ulrich Niemann
Fa. Thyssen Aktiengesellschaft
vorm. August Thyssen-Hütte
Kaiser-Wilhelm-Straße 100
4100 Duisburg 11 |
| + | + | Dr. med. Heinz Otto
Knappschaftskrankenhaus
Am Deimelsberg 34 a
4300 Essen 14 |
| + | + | Dr. med. Dieter Peché
Rhein.-Westf.-Elektrizitätswerke
Dreilindenstraße 59
4300 Essen |
| + | + | Dr. med. Artur Peters
Werksarztzentrum Solingen
Köcherstr. 37
5650 Solingen |
| + | + | Dr. med. W. Petersen
Mannesmann-Röhren-Werke AG
Rather Kreuzweg 106
4000 Düsseldorf 30 |
| + | + | Dr. med. Gerhard Pichmann
Kreiskrankenanst. St. Elisabeth
4048 Grevenbroich |
| + | + | Dr. med. Gerhard Raab
Arbeitsmedizinischer Dienst der Binnenschiffahrts-
Berufsgenossenschaft
König-Friedrich-Wilhelm-Straße 4
4100 Duisburg-Ruhrort |
| + | + | GMD Dr. med. Georg Rahm
Staatlicher Gewerbearzt
Gurlittstraße 55
4000 Düsseldorf |
| + | + | Dr. med. Regina Rapp
Graf-Bernadotte-Str. 70
4300 Essen-Bredeney |
| + | + | Dr. med. Karl-Heinz Rietzkow
Fa. Mannesmann-Röhren-Werke AG
Wiesenstraße 36
4330 Mülheim |
| + | + | Prof. Dr. med. Friedrich Ritzl
Klinikum Barmen
Klinik für Nuklear-Medizin
Heusnerstraße 40
5600 Wuppertal 2 |
| + | + | Dr. med. Theodora Ruks
Fa. Mannesmann AG – Hüttenwerke
4100 Duisburg 25 |
| + | + | Dr. med. Hans Scamoni
Fa. Kraftwerk Union AG Mülheim
4330 Mülheim a. d. Ruhr |
| + | + | Dr. med. Winfried Schack
Fa. Bayer AG Dormagen
Postfach 11 40
4047 Dormagen |
| + | + | Prof. Dr. med. Eberhard Scherer
Universitätsklinikum Essen
Hufelandstraße 55
4300 Essen 1 |

+	+	Dr. med. Franz Schlüter TÜV Rheinland e. V. Feuerdomstr. 1-3 5620 Velbert 1
+	+	Dr. med. Anke Schmidbauer Rheinisch-Westfälischer TÜV e. V. Postfach 7041 4300 Essen 1
+	+	Dr. med. Karl Schmidt-Bleibtreu Berufsgenossenschaftliches Arbeitsmedizinisches Zentrum Flughafen 4000 Düsseldorf
+	+	Dr. med. Wolfgang Schrader Renteilichtung 8/10 4300 Essen-Rellinghausen
+	+	Dr. med. Hans Schroer Bundesbahndirektion Essen Bismarckplatz 1 4300 Essen
+	+	Dr. med. F. W. Schwefer St. Camillus-Hospital Kirchstraße 12 4100 Duisburg 18
+	+	Dr. med. Paul Stark St. Antonius Hospital Forstweg 18 4190 Kleve 1
+	+	Dr. med. Hubert Steinkamp Steinstraße 35 4000 Düsseldorf
+	+	Prof. Dr. med. Wilhelm Strötges Universitätsklinikum Essen Hufelandstraße 55 4300 Essen 1
+	+	Dr. med. Rainer Thämmig St. Clemens-Hospital 4170 Geldern 1
+	+	Dr. med. Peter Trapp Fa. Theodor Wuppermann Friedrichstraße 38 5090 Leverkusen 1
+	+	Dr. med. Marie-Luise Walden TÜV Rheinland e. V. Postfach 148 4050 Mönchengladbach 1
+	+	Dr. med. Eberhard Wannow Petersstraße 9 4060 Viersen 1
+	+	Dr. med. Hans Wieland An der Münze 7 4040 Neuss
+	+	Dr. med. Ernst von Wnuck Kruppstraße 22 4000 Düsseldorf
+	+	Dr. med. Wolfgang Worringen Fa. Ruhrgas AG Hutropstraße 60 4300 Essen 1
+	+	Dr. med. Elmar Wüstefeld Fa. Bayer AG - Ärztliche Abteilung 4150 Krefeld-Uerdingen

Regierungsbezirk Köln

- | | | |
|---|---|---|
| + | + | Dr. med. Hans Werner Chriske
Stadt Köln
Neumarkt 15-21
5000 Köln 1 |
| + | + | Dr. med. Hans M. Christinneck
Oberfeldarzt im Bundesgrenzschutz
Villemombler Straße 80
5300 Bonn-Duisdorf |
| + | + | Dr. med. Rudolf Cipura
Versorgungsamt Aachen
Kurbrunnenstr. 5
5100 Aachen |
| + | + | Dr. med. Helmut Cronemeyer
Hoechst AG, Werk Knapsack
5033 Knapsack |
| + | + | Dr. med. Jakob Eich
Fa. Ford-Werke AG
Henry-Ford-Straße
5000 Köln-Niehl |
| + | + | Dr. med. Alfred Engels
Krankenkassenverband Aachen
Wilhelmstraße 45
5100 Aachen |
| + | + | Prof. Dr. med. Ludwig E. Feinendegen
Institut für Medizin der Kernforschungsanlage
Jülich GmbH
5170 Jülich 1 |
| + | + | Dr. med. Friedhelm Gierse
Geibelstraße 20
5000 Köln-Lindenthal |
| + | + | Priv.-Doz. Dr. med. habil. Johannes Haas
Kölner Straße 170
5270 Gummersbach 31 |
| + | + | Dr. med. Uwe Heukamp
Dottendorfer Straße 71
5300 Bonn 1 |
| + | + | Dr. med. Wolfgang Heuser
Schloßstraße 30
5060 Bergisch-Gladbach 1 |
| + | + | Prof. Dr. med. Walter Hoeffken
Strahleninstitut der AOK
Machabäerstraße 19-27
5000 Köln 1 |
| + | + | Dr. med. Hansgert Hülbach
Friedrichstraße 38
5040 Brühl |
| + | + | Dr. med. Klaus Jacobs
Fa. Degussa - Werk Wesseling
Kölner Straße 187
5047 Wesseling 1 |
| + | + | Dr. med. Medizinaldirektor Hermann Jung
Universität Köln
Classen-Kappellmann-Straße 1 a
5000 Köln-Lindenthal |
| + | + | Dr. med. Nicolaus Kiesselbach
Fa. Bayer AG - Bayerwerk
5090 Leverkusen |
| + | + | MR Dr. med. Adolf Krebs
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
Kennedy-Allee 105-107
5300 Bonn |

- | | | |
|---|---|---|
| + | + | Dr. med. Hans Kühn
Kreiskrankenhaus Mechernich
Stiftsweg 18
5353 Mechernich |
| + | + | Dr. med. Hans Küpper
Leiter des Betriebsärztlichen Dienstes
der Kernforschungsanlage Jülich GmbH
5170 Jülich |
| + | + | Prof. Dr. med. Heinrich Kutzim
Nuklearmedizinische Abteilung der Universitätskliniken
Joseph-Stelzmann-Straße 9
5000 Köln 41 |
| + | + | Dr. med. Georg Rasch
Stadt Köln
Neumarkt 15-21
5000 Köln 1 |
| + | + | Dr. med. C. Rosarius
Ebertplatz 2
5000 Köln 1 |
| + | + | Dr. med. Kreismedizinaldirektor Josef Schmitt
Gesundheitsamt des Erftkreises
Friedrich-Ebert-Straße 11
5030 Hürth-Hermülheim |
| + | + | Renate Schneidereit
TÜV Köln
Rurstraße 29
5000 Köln 41 |
| + | + | Dr. med. Gerhard W. Sewekow
Kolfhausstraße 9
5300 Bonn 2 |
| + | + | Dr. med. Wolfgang Stockhausen
Marienstraße 13
5160 Düren |
| + | + | Dr. med. Adelheid Stockheim
Krankenanstalten Düren Gem. GmbH
Postfach 162
5160 Düren |
| + | + | Dr. med. Heinz Stöcker
Winterbeckestraße 11
5270 Gummersbach 1 |
| + | + | Dr. med. Josef Stosberg
Rheinische Olefinwerke
Talweg 26
5047 Wesseling |
| + | + | Dr. med. Bruno Thomas
Betriebsarzt der Firma Interatom
Friedrich-Ebert-Straße
5060 Bergisch-Gladbach 1 |
| + | + | Dr. med. Bundesbahnoberarzt Otto Tuschy
Bundesbahn Köln
Am alten Ufer 36
5000 Köln 1 |
| + | + | Dr. med. Elmar Waterloh
Rhein. Westf. Techn. Hochschule
Roermonder Straße 7-9
5100 Aachen |
| + | + | Dr. med. Horst Wietelmann
Boxgraben 99
5100 Aachen |
| + | + | Dr. med. Georg Zerlett
Arbeitsmed. Zentrum der Rhein. Braunkohlenwerke AG
Wickratherhofweg 27
5023 Köln-Weiden |
| + | + | Dr. med. Horst Zöllick
Im Blankert 13
5300 Bonn 3 |

Regierungsbezirk Münster

+	+	Dr. med. Kurt Althaus Ltd. Medizinaldirektor Städt. Gesundheitsamt 4400 Münster
+	+	Dr. med. Inge Becker Munckelstraße 13 4650 Gelsenkirchen
+	+	Dr. med. Herbert Biermann Zum Welleken 10 4530 Ibbenbüren
+	+	Dr. med. Erwin Brand Vossweg 20 4710 Lüdinghausen
+	+	Dr. med. Erika Frenzel Münsterstr. 53 4430 Steinfurt-Borghorst
+	+	Dr. med. J. Große-Vorholt Marien-Hospital Borken 4280 Borken
+	+	Dr. med. Peter Hellmann Fa. Thyssen Schalker Verein GmbH Postfach 17 67 4650 Gelsenkirchen
+	+	Dr. med. Karl Herweg Fa. Chemische Werke Hüls AG 4370 Marl
+	+	Dr. med. Werner Jacob Bahnarzt Hittorfstraße 21 4400 Münster
+	+	Dr. med. Reinhard Kujat Bodelschwingh-Krankenhaus 4530 Ibbenbüren
+	+	Dr. med. Lambert Menke Clemens-Hospital Duesbergweg 4400 Münster
+	+	Dr. med. Werner Müller Enscheder Straße 17 4432 Gronau
+	+	Dr. Ilse Oberwittler Birkenweg 65 4400 Münster
+	+	Prof. Dr. med. Werner Rübe Westerholter Weg 82 4350 Recklinghausen
+	+	Dr. med. Otfried Schmidt Niefeldstr. 28 a 4660 Gelsenkirchen-Buer
+	+	Dr. med. O. Wolfgang Schröder Katharinenstr. 12 4270 Dorsten
+	+	Dr. med. Klaus Seegelken Goethestr. 4 4350 Recklinghausen
+	+	Dr. med. Werner Touché Knappschaftskrankenhaus 4650 Gelsenkirchen
+	+	Dr. med. Henning Vosberg Med. Klinik der Universität Münster 4400 Münster

Personalveränderungen**Innenminister****Nachgeordnete Behörden**

Es ist ernannt worden:

Regierungspräsident Arnsberg

Regierungsrat Gisbert Deimel zum Oberregierungsrat

– MBl. NW. 1980 S. 1046.

Finanzminister**Ministerium**

Es sind ernannt worden:

Ministerialdirigent H. Schareck zum Oberfinanzpräsidenten bei der Oberfinanzdirektion Düsseldorf

Leitender Ministerialrat W. Riotte zum Ministerialdirigenten

Regierungsdirektor H.-J. Schad zum Ministerialrat

Es ist in den einstweiligen Ruhestand getreten:
Staatssekretär Dr. M. Döring

Nachgeordnete Dienststellen

Es sind ernannt worden:

Oberfinanzdirektion Düsseldorf

Oberfinanzpräsident Dr. H. R. Haacke zum Staatssekretär beim Finanzminister

Oberregierungsrat H. Dahnz zum Regierungsdirektor beim Finanzminister

Konzernbetriebsprüfungsstelle II Düsseldorf

Steueroberamtsrat H. Diederich zum Regierungsrat

Oberfinanzdirektion Köln

Steueroberamtsrat J. Meuther zum Regierungsrat

Großbetriebsprüfungsstelle Münster

Regierungsrat H. Meyer-Holtkamp zum Oberregierungsrat

Finanzamt Dinslaken

Regierungsrat W. Hülskath, abgeordnet an die Staatsanwaltschaft Duisburg, zum Oberregierungsrat

Finanzamt Düsseldorf-Mettmann

Regierungsrätin J. Franken zur Oberregierungsrätin

Finanzamt Düsseldorf-Nord

Oberregierungsrat D. Barkhaus zum Regierungsdirektor beim Finanzamt Velbert

Finanzamt Essen-Nord

Regierungsrat z. A. H.-J. Hesse zum Regierungsrat

Finanzamt Essen-Süd

Regierungsrat J. Hegmann, abgeordnet an das Finanzgericht Düsseldorf, zum Oberregierungsrat

Regierungsrat z. A. W. Welz zum Regierungsrat

Finanzamt Neuss

Oberregierungsrat K. Schmolke zum Regierungsdirektor

Finanzamt Wuppertal-Elberfeld

Regierungsrat B. Arnold zum Oberregierungsrat

Steueroberamtsrat O. Schmitz zum Regierungsrat

Finanzamt Düren

Regierungsrat W. Mein zum Oberregierungsrat

Finanzamt Köln-Nord

Regierungsrat z. A. P. Pietsch zum Regierungsrat

Finanzamt Dortmund-Ost

Obersteuerrat F. Godoj zum Regierungsrat beim Finanzamt Dortmund-West

Finanzamt Dortmund-West

Regierungsrat Dr. H. Zapf, abgeordnet an die Fachhochschule für Finanzen, Nordkirchen, zum Oberregierungsrat

Finanzamt Gelsenkirchen-Süd

Regierungsrat z. A. B. Diel, abgeordnet an das Finanzamt Iserlohn, zum Regierungsrat

Finanzamt Meschede

Regierungsrat z. A. S. von Bockum, beurlaubt zur Dienstleistung bei der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, zum Regierungsrat

Regierungsrat z. A. W. Bergkemper zum Regierungsrat

Finanzamt Münster-Außenstadt

Regierungsrat F. Scheiper zum Oberregierungsrat

Finanzamt Recklinghausen

Steueroberamtsrat T. Uhländer zum Regierungsrat

Finanzamt Siegen

Oberregierungsrat E. Mengel zum Regierungsdirektor

Regierungsrat z. A. B. Michel zum Regierungsrat

Finanzamt Wiedenbrück

Regierungsrat D. Marmulla zum Oberregierungsrat

Regierungspräsident Arnsberg

Oberregierungsbaurat H. Keding zum Regierungsbaudirektor

Regierungspräsident Düsseldorf

Oberregierungsbauräte H. Wieske

E. Utrobicic

zu Regierungsbaudirektoren

Staatshochbauamt Düsseldorf

Regierungsbaurat N. Heinen zum Oberregierungsbaurat

Regierungspräsident Köln

Oberregierungsbaurat P. C. Jung zum Regierungsbaudirektor

Staatshochbauamt Aachen

Regierungsbaurat z. A. K. Heine zum Regierungsbaurat

Staatshochbauamt für die Universität Münster

Oberregierungsbaurat J. Höpfner zum Regierungsbaudirektor beim Regierungspräsidenten Münster

Staatliche Bauleitung Münster

Regierungsrat M. Willruth zum Oberregierungsrat

Zentrale Planungsstelle zur Rationalisierung von Landesbauten NW, Aachen

Oberregierungsräte

H. Bock

R. Steingen

zu Regierungsdirektoren

Regierungsbaurat z. A. V. Miebach zum Regierungsbaurat

Es sind versetzt worden:

Oberfinanzdirektion Düsseldorf

Regierungsrat H. J. Becker an das Finanzgericht Düsseldorf

Oberfinanzdirektion Köln

Leitender Regierungsdirektor G. Feldmann an das Finanzamt Bonn-Innenstadt

Oberfinanzdirektion Münster

Regierungsdirektor C. Tofall an die Großbetriebsprüfungsstelle Münster

Großbetriebsprüfungsstelle Münster

Oberregierungsrat B. Untiedt an die Konzernbetriebsprüfungsstelle Münster

Finanzamt Moers

Oberregierungsrat A. Oermann an die Oberfinanzdirektion Düsseldorf

Finanzamt Bergheim

Regierungsrat B. Cziesla an das Finanzamt Erkelenz

Finanzamt Bonn-Innenstadt

Regierungsrat G. Mihatsch an das Finanzamt Bonn-Außenstadt

Finanzbauamt Erkelenz

Oberregierungsbaurat K.-H. Wössner an das Finanzbauamt Aachen

Finanzamt Bielefeld-Innenstadt

Regierungsrat Dr. H. B. Beus zum Bundesminister des Innern

Finanzamt Bochum

Regierungsrat H. Schiefer an die Großbetriebsprüfungsstelle Bochum

Finanzamt Dortmund-Unna

Oberregierungsrat H. Hüllmann an das Finanzamt Meschede

Finanzamt Gelsenkirchen-Nord

Regierungsrat R. Schmidt an das Finanzamt Herne-West

Finanzamt Gladbeck

Regierungsdirektor K. Voß an das Finanzamt Hattingen

Finanzamt Hagen

Regierungsdirektor N. Schmidt an das Finanzamt Iserlohn

Finanzamt Hamm

Oberregierungsrat L. Stroetmann an das Finanzamt Ahaus

Finanzamt Herne-West

Oberregierungsrat Dr. L. Kohorst an die Großbetriebsprüfungsstelle Dortmund

Finanzamt Iserlohn

Oberregierungsrat A. Barth an das Finanzamt Hagen

Finanzamt Lippstadt

Regierungsrat K.-H. Loer an das Finanzamt Hamm

Finanzamt Paderborn

Regierungsdirektor R. Hoffknecht an das Finanzamt Warburg

Staatshochbauamt Köln

Oberregierungsbaurat K. Schier an das Staatshochbauamt für die Kernforschungsanlage Jülich

Es sind in den Ruhestand getreten:

Konzernbetriebsprüfungsstelle II Düsseldorf

Regierungsdirektor T. Rook

Konzernbetriebsprüfungsstelle Münster

Regierungsdirektor G. Hennen

Es sind ausgeschieden:

Oberfinanzdirektion Düsseldorf

Regierungsdirektor Dr. M. Riedel

Finanzamt Köln-Mitte

Regierungsrat Dr. W. Eggers

Regierungsrat U. Viebahn

– MBl. NW. 1980 S. 1046.

Justizminister**Finanzgerichte**

Es sind ernannt worden:

Oberregierungsrat Dr. M. Kempermann,
Oberregierungsrat K.-H. Grobler,
Regierungsrat H. J. Becker
zu Richtern am Finanzgericht in Düsseldorf.**Verwaltungsgerichte**

Es sind ernannt worden:

Richter am Oberverwaltungsgericht H. Noll zum Vorsitzenden Richter am Oberverwaltungsgericht in Münster
Richterin am Verwaltungsgericht Dr. Hilke Brossok aus Münster zur Richterin am Oberverwaltungsgericht
die Richter am Verwaltungsgericht
G. Hanenberg aus Köln,
W. Mecking aus Düsseldorf,
Dr. A. Fischer aus Düsseldorf,
Dr. F. Oehmke aus Köln,
M. Königs aus Gelsenkirchen
zu Richtern am Oberverwaltungsgericht in Münster,
Richter am Verwaltungsgericht B. Jäkel zum Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht in Minden.

– MBl. NW. 1980 S. 1047.

Einzelpreis dieser Nummer 4,80 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementbestellungen: Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 360301 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 59,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 118,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888293/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf

ISSN 0341-194 X